

Furcht vor der Verkehrsbelastung

Protest gegen die Pläne für eine neue Bundesstraße 212 / Ärger über zurückgehaltenes Gutachten

Von unserer Redakteurin
Ute Winsemann

DELMENHORST. Seit dem Sommer stehen die Planungen für die neue Bundesstraße 212 auf der Agenda. Eigentlich tun sie das schon seit den 1990er Jahren. Doch erst, seit bekannt wurde, dass nicht nur dem Stadtnorden eine erheblich stärkere Verkehrsbelastung droht, hat eine breitere Diskussion eingesetzt. Die mittlerweile auch zu Verwerfungen mit der Gemeinde Ganderkesee geführt hat.

Im August stellten die Interessengemeinschaft B212-freies Deich- und Sandhausen und Planungsexperten der Stadtverwaltung erstmals wichtige Punkte aus dem laufenden Raumordnungsverfahren vor. Hauptkenntnis: Unabhängig davon, welche Ausbauvariante tatsächlich verwirklicht wird, dürfte ein großer Anteil des über die Bundesstraße zusätzlichen an die Stadt herangeführten Verkehrs auch in sie hinein oder durch sie hindurch fahren.

Aus der genaueren Sichtung der Unterlagen sowie einem eigens in Auftrag gegebenen Gutachten hat die Interessengemeinschaft mittlerweile erstens Zweifel entwickelt, ob das Verfahren bisher ordnungsgemäß gelaufen ist, und zweitens abgeleitet, dass die Planungen nach bisherigem Stand allesamt schädlich für Delmenhorst seien.

Der Rat hat sich dagegen mehrheitlich im Grundsatz für die neue Straße ausgesprochen. Allerdings lehnt er die Südvariante ab – und hat, angeregt durch die Verwaltung, die Forderung aufgestellt, den erwarteten zusätzlichen Verkehr über eine „Entwicklung Achse“ genannte Umgehungsstraße abzuleiten. Die allerdings müsste auf Ganderkeseeer Gebiet verlaufen – weshalb das Ansinnen dort einigen Unmut ausgelöst hat.



Ortstermin auf dem Deich: Zahlreiche Bürger nutzten die Gelegenheit, sich ein Bild von der geplanten Trassenführung der neuen Bundesstraße 212 zu machen. Die Verwaltung hatte dazu die bevorzugte Variante mit weithin sichtbaren roten Luftballons abgesteckt. FOTO: INGO MÖLLERS

Zusätzlichen Ärger gab es, als im Dezember bekannt wurde, dass die Verwaltungen beider Kommunen ein gemeinsam in Auftrag gegebenes Verkehrsgutachten der Poli-

tik und der allgemeinen Öffentlichkeit vor-enthalten hatten. In eben diesem Papier taucht die Idee der Umgehungsstraße auf. Mittlerweile ist es im Internet zugänglich.

Derweil hoffen beide Kommunen, dass ihr Protest gegen die von Bremen favorisierten Pläne vor allem in der eigenen Landeshauptstadt gehört wird.